

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Amtsblatt für die

Amtshauptmannschaft, das

Amtsgericht und den Stadtrat zu Dippoldiswalde.

Mit „Illustriertem Unterhaltungsblatt“.

Für die Aufnahme eines Inserats an bestimmter Stelle und an bestimmten Tagen wird keine Garantie übernommen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag von Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Inserate werden mit 20 Pf., solche aus unserer Amtshauptmannschaft mit 15 Pf., die Spaltzeile ober deren Raum berechnet. Bekanntmachungen auf der ersten Seite (nur von Behörden) die zwelgespaltene Zeile 65 bez. 60 Pf. — Tabellarische und komplizierte Inserate mit entsprechendem Aufschlag. — Eingefandt, im redaktionellen Teile, die Spaltenzeile 50 Pf.

Nr. 276

Mittwoch den 27. November 1918 abends

84. Jahrgang

Ausführungsverordnung des Arbeitsministeriums zur Durchführung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 13. November 1918 (RGBl. S. 1305.).

1. Die Gemeinden haben sofort die in § 13 genannten Fürsorgeauschüsse zu errichten.
2. Es ist sofort Beschluß über die in § 9 vorgeschriebene angemessene Erhöhung des Ortslohnes nach der Zahl der Familienmitglieder zu fassen.
3. Ueber die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung und die Kontrolle der Erwerbslosen nach § 14 der Verordnung sind, soweit erforderlich, im Einvernehmen mit den Arbeitnehmerorganisationen Anordnungen zu treffen.
4. Die Unterstützungsätze sind für alle Arten von Erwerbslosenfürsorge künftig die gleichen.
5. 15 der Verordnung sind, soweit erforderlich, im Einvernehmen mit den Arbeitnehmerorganisationen Anordnungen zu treffen.
6. Kommunalaufsichtsbehörden im Sinne von § 3 der Verordnung sind für die Städte mit resp. Städteordnung die Amtshauptmannschaften, für die Landgemeinden die Amtshauptmannschaften.

Dresden, am 18. November 1918. Das Arbeits- und Wirtschaftsministerium.

Nach der Verordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes vom 19. Oktober 1918 — Reichsgesetzbl. S. 1255 — bedarf der

Handel mit Gemüsesämereien

behördlicher Erlaubnis. Von dem Erlaubniszwang sind ausgenommen

1. Personen, die ausschließlich in der eigenen Wirtschaft gezüchtete Sämereien verkaufen.
2. Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, die Gemüsesämereien ausschließlich im Kleinverkauf an Verbraucher absetzen, wenn der Absatz in Mengen von nicht mehr als 250 g erfolgt.

Siniglich des Handels mit Saatgut von Hülsenfrüchten, das zum Gemüseanbau bestimmt ist (Gemüsefaatgut) bleibt es bei den dafür geltenden Bestimmungen.

Wer im Bezirke der Amtshauptmannschaft Dresden Handel mit Gemüsesämereien betreiben will, hat ein Gesuch bei der Amtshauptmannschaft bezw. bei dem Stadtrat zu Dippoldiswalde einzureichen. Das Gesuch hat folgende Angaben zu enthalten:

1. ob und seit wann der Gesuchsteller eine im Handelsregister eingetragene Firma besitzt;
2. ob und in welchen Gemüsesämereien er vor dem 1. August 1914 gehandelt hat und welche Jahresumsätze er vor dem Kriege und bisher in Gemüsesämereien erzielt hat;
3. ob und wann ihm Erlaubnis zum Handel mit Lebens- und Futtermitteln auf Grund der Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 24. Juni 1916 erteilt ist;
4. ob und wie er im Kriege bestraft ist, sowie ob ein Handelsunterfangungsverfahren gegen ihn geschwebt hat;
5. für welches Gebiet, welche Zeit und welche Sämereien die Erlaubnis erteilt werden soll. Erteilung der Erlaubnis für einen Handelsbetrieb, der sich vor dem 1. August 1914 nicht oder nicht im nachgesuchten Umfange mit dem Handel mit Sämereien befaßt hat, erfolgt nur ausnahmsweise. In diesem Falle hat der Gesuchsteller das volkswirtschaftliche Bedürfnis zu begründen.

Wer am 1. November 1918 bereits Handel mit Gemüsesämereien betrieben hat, darf den Handel bis zum 1. Dezember 1918 und, wenn er bis zu diesem Tage einen Antrag auf Erteilung der Erlaubnis gestellt hat, bis zur Entscheidung über den Antrag ohne Erlaubnis fortführen.

Dresden, am 19. November 1918.

Der Vorsitzende

der zur Entscheidung über die Erteilung und Entziehung der Erlaubnis sowie über die Untersagung des Handels errichteten Stelle.

Ausgabe von 5 Mark- und 20 Mark-Gutscheinen.

Mit Genehmigung der Amtshauptmannschaft Dresden bringt der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde Gutscheine über 5 und 20 M. in den Verkehr, gültig im ganzen Bezirk bis einen Monat, nachdem in der Sächs. Staatszeitung und der Leipziger Zeitung die Auktorisationslegung der Gutscheine dieser Art vom Ministerium des Innern verfügt worden ist. Die Einlösung erfolgt durch die Bezirkskasse.

Die 5 M.-Scheine sind in blauem, die 20 M.-Scheine in braunem Farbton gehalten. Sie tragen sämtlich auf der Rückseite eine Abbildung von Schloß und Kirche Dippoldiswalde. Zum Druck der Scheine ist ein Wertpapier mit besonderem Wasserzeichen verwendet.

Wer das Papiergeld nachmacht oder verfälscht oder sich nachgemachte oder verfälschte Scheine verschafft und in Verkehr bringt, wird auf Grund von §§ 146—149 des St. G. B. mit Zuchthaus nicht unter 2 Jahren oder mit Gefängnis bestraft.

Die größeren industriellen Werke, die größere Summen in Gutscheinen zur Lohnauszahlung benötigen, wollen den Betrag regelmäßig Anfang der Woche der Bezirkskasse der Amtshauptmannschaft mitteilen.

Es wird gehofft, bereits nächsten Freitag Gutscheine zur Lohnauszahlung bereitzustellen zu können.

Dippoldiswalde, am 27. November 1918.

Der Kommunalverband.

Marmelade.

Den Gemeinden des Bezirks ist heute zur Verteilung an die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung (Inhaber der Landesfestkarte) Marmelade zugewiesen worden. Auf den Kopf entfällt rund 1 Pfund.

Nr. 5354 c Mob. II. Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 25. Nov. 1918.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde

Freitag den 29. November 1918 abends 1/29 Uhr im Sitzungszimmer des Rathauses Tagesordnung hängt im Rathaus aus.

Nährmittel

gelangen Freitag den 29. ds. Mts. zum Verkauf. Wegen der dem Verbraucher zustehenden Mengen und wegen der abzutrennenden Abchnitte wird auf die Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 18. ds. Mts. hingewiesen.

Stadtrat Dippoldiswalde.

Gelbe Lebensmittelkarten.

Die Abchnitte Au—Zz der gelben Lebensmittelkarten werden hiermit für ungültig erklärt. Von der nächsten Zuteilung ab sind die ausgegebenen grünen Lebensmittelkarten zu verwenden.

Stadtrat Dippoldiswalde.

Freigabescheine für Bekleidungs- und Wäschestücke und Bezugsausweise auf Baumwollfäden zu haben in der Buchdruckerei Carl Jehne.

Öffentliches und Sachliches.

Dippoldiswalde. Tagesordnung für die 19. Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde am Freitag den 29. November 1918, abends 1/29 Uhr. a) Öffentliche Sitzung: 1. zwei Dankschreiben, 2. Niederschrift über Prüfung der Sparkasse, 3. Mitteilung, Wohnungsfürsorge und Baukostenversteuerung betr., 4. Vorlage, Entschädigung des Polizeiwachmeisters für Verpflanzung von Gefangenen betr., 5. desgl. wegen Gewährung einer Sonderbeihilfe für das Kinderheim Georgensfeld, 6. desgl., Erwerbslosenfürsorge betr., 7. desgl. über Teuerungszulage für die städtischen Bau- und Waldarbeiter. b) Nichtöffentliche Sitzung.

Unserer Bürgerschule wird auf Zeit der wahlfähige Schulamtskandidat Herr Stürmer aus Barkersdorf zugewiesen. Er wird seine Tätigkeit am 2. Dezember beginnen.

Ueber die Ernährung Sachsens wurden seitens der neuen Regierung Ausführungen gegeben, die die Sachlage zwar als ernst, aber nicht als gefährdend erscheinen lassen. Eine Erhöhung der Rationen ist ausgeschlossen, wenigstens in absehbarer Zeit. Gewiß sei manches hereinzubringen durch schärferes Erfassen der Vorräte, durch Unterbindung des Schleißhandels, allein, was man bekommt, ist gerade nur hinreichend, um die Kranken-

häuser etwas besser zu stellen als bisher. Die fleischlosen Wochen dürfen nicht wiederkehren, denn nach der Demobilisierung entfällt der Bedarf des Feldheeres an Fleisch, der zwei Drittel des Gesamtverbrauchs Deutschlands beanspruchte. Allerdings ist die Milch- und Butterversorgung gehoben worden, da sie noch wichtiger ist als die Fleischversorgung. Um die Freigabe von Zucker, der ja jetzt nicht mehr Kriegszwecken zu dienen braucht, hat das Landeslebensmittelamt bei der zuständigen Stelle nachgesucht. Die Kartoffelversorgung ist ein ernstes Problem, da von den Sachsen zustehenden 7 Millionen Zentnern erst 2,2 Millionen angeliefert sind. Das Großwetter hat auch schon seine ablenkenden Wirkungen ausgeübt. Einen Ausgleich kann man in den ungeheuren Mengen von Weizen und Weizenmehl erhoffen, die vom Landeslebensmittelamt eingenommen sind. Von den Provinzen, die zur Lieferung an Sachsen verpflichtet sind, hat Polen am besten seine Pflicht erfüllt: es hat von den ihm ursprünglich aufgegebenen 3,1 Millionen Zentnern rund 1 500 000 schon geliefert; inzwischen ist seine Abgabe auf 4,1 Millionen erhöht worden. Am schlechtesten hat Bayern geliefert: von 900 000 Zentnern hat es 43 000 gelie-

fernt. **Sachsensdorf.** Am Totensonntage hatte sich eine größere Anzahl von Landwirten und Frauen im Gasthause ein-

gefunden, um sich über Ergreifung von Maßnahmen zur Wahrung bäuerlicher Interessen schlüssig zu werden. Der Enderufer schilderte die gegenwärtigen Verhältnisse im Reich und zeigte, welche Gefahren die unklare politische Lage für die Landwirtschaft haben könne. Die anschließende Debatte führte zur Gründung eines zehnjährigen Bauernrates. Die Versammlung erklärte u. a.: Die obersterhaltung von Ruhe und Ordnung ist die oberste Bedingung für die Mitarbeit der Landwirtschaft am Wohle des Volkes. Der 8-Stunden-Arbeitstag, auf bäuerliche Verhältnisse angewandt, ist ein Übel und in Verbindung mit der Aufhebung der Gestirndeordnung geeignet, der Landwirtschaft die ohnehin wenigen Hilfskräfte vollends zu entziehen. Zu fordern ist eine Nachprüfung der Gestirndeordnung, die Sicherstellung des Saatgutes und, soweit es möglich, die Befruchtung mit Düngemitteln und Kraftfutter.

Altenberg. Am 1. Dezember hat die Verteilung der von dem verstorbenen Stadtrat Adolph Fürchtegott Böttner gestifteten und den Gemeinden Altenberg, Zinnwald, Georgensfeld und Hirschsprung überwiesenen Legatinsien stattgefunden.

Bossendorf. Bei dem dieigen Standesamte gelangten im Monat Oktober zur Anmeldung: 4 Geburtsfälle (eine männliche, 3 weibliche), 4 Eheschließungen, 8 Sterbefälle,

darunter 3 Kinder und 5 Erwachsene, einschließlich drei auf dem Felde der Ehre gefallener Kämpfer (einer aus Hainichen und zwei aus Börnchen).

Mit der am vergangenen Sonntage in unserem Gottesdienste stattgefundenen Feier des Totenfestes war auch eine Gedächtnisfeier für die Gefallenen aus der Parochie, deren Tod seit dem letzten Johannisfest bekannt geworden ist, verbunden. 22 Brüder der Parochie haben in dieser Zeit den Heldentod fürs Vaterland erlitten; im ganzen 180 während der Kriegszeit. Herr Pfarrer Nadler ehrte in seiner Gedächtnisrede das Andenken der gefallenen Helden in herzerregenden Worten. Einen tiefen Eindruck auf die zahlreich erschienenen Andächtigen machte auch eine gemischtsprachige Totenfestmesse von E. Röder, die unter Leitung des Herrn Oberlehrer Kantor Helm vom Kirchenchor recht weisevoll vorgetragen wurde; ebenso stimmungsvoll wirkte das Largo von Handel für Fiddle (Herr Benno Prieschner, Börnchen) und Orgel (Herr Kantor Helm).

Dresden. Die rechtsstehenden Parteien, und zwar nicht nur Deutschkonservative und Freikonservative, haben sich zu einer gemeinsamen neuen Partei zusammengeschlossen. Die Veröffentlichung des neuen Programms würde, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, schon erfolgt sein, wenn nicht die ungeheuren Verkehrserschwerungen der Führung der Verhandlungen vielfache Hindernisse in den letzten Wochen bereitet hätten. Es läßt sich jedoch jetzt schon sagen, daß über alle wesentlichen Punkte volle Einigkeit erzielt worden ist. Wie verlautet, wird man sich auch in Sachen dem für das ganze Reich geplanten Vorgehen allenthalben anschließen.

Hansa. Einbruchdiebstähle werden fortgesetzt in unserer Stadt verübt; so wurden u. a. im Rathaus 150 Paar Strümpfe entwendet. Die hiesige Stadtverwaltung will verstärkten Nachschuß anordnen.

Flöha. Genosse Richter in Chemnitz, der durch den A. und S. Rat zum Amtshauptmann von Flöha ernannt wurde, ist wieder abberufen worden. Die Geschäfte der Amtshauptmannschaft führt der frühere Amtshauptmann Dr. Edelmann weiter.

Chemnitz. Auf das von dem Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Beutler wegen der Aufzählung der Stadtverordnetenversammlung an den Reichsanwalt gerichtete Kernschreiben ist folgende Antwort eingegangen: „Dortiger Arbeiter- und Soldatenrat ist zunächst zur Erklärung über sein Vorgehen aufgefordert. Weitere Mitteilung vorbehalten. Reichsregierung.“

Zwickau, 23. November. In der Stadtverordnetenversammlung stellte Vorstand Justizrat Teichmann fest, daß die städtischen Behörden zunächst in der bisherigen Weise weiterzuarbeiten gewillt sind, also auch die Stadtverordneten. Bei der folgenden Stadtratswahl wurde an Stelle des verstorbenen Bergrats Wäcker der Sozialdemokrat Irmscher zum unbeforderten Stadtrat mit Stimmenmehrheit gewählt.

Zwischen dem Bürgerrat und dem Arbeiter- und Soldatenrat ist eine Einigung dahingehend erzielt worden, daß in allen Fragen von gemeinsamem Interesse ein Zusammengehen in die Wege geleitet wird.

Waldenburg. Fürst Günther von Schönburg-Waldenburg hat zum Gedächtnis seines in Frankreich gefallenen Bruders Feist Otto Viktor eine Stiftung von 100 000 M. zugunsten bedürftiger Witwen und Waisen deutscher Krieger gestiftet.

Neustädtel. Hier legte der selbsterwählte erste Vorsteher des Stadtverordnetenkollegiums, das durch den A. und S. Rat um 6 Mitglieder vergrößert wurde, Bürgerchuloberlehrer Hommel, sein Amt nieder, wurde jedoch einstimmig wiedergewählt.

Schneeberg. Die Kirchen-Kreisversammlung der Eparchie Schneeberg versprach die Unterstützung des neuen deutschen Volksstaates. Superintendent Thomas sprach über das Jubiläum der Kirchenvorstandes- und Synodalordnung, Oberpfarrer Schmidt-Vöhring und Bezirksarzt Dr. Lieb-Schwarzenberg über den Geburtenrückgang.

Letzte Nachrichten.

Die Deutsche Vaterlandspartei

stellt ihre Tätigkeit ein. Sie erläßt einen Aufruf, dessen Hauptzüge lauten:

Der Stern, dem wir folgten, ist niedergegangen. Wir stellen daher unsere bisherige Tätigkeit ein. Die förmliche Auflösung der Partei wird zu gegebener Zeit erfolgen. Bis dahin erheben wir unsere Landes-, Kreis- und Ortsvereine, die öffentliche Tätigkeit einzustellen, ihre Organisationen aber zu erhalten.

„Daily Chronicle“ über die Lage in Deutschland.

Amsterdam, 27. November. Die „Daily Chronicle“ schreibt in einer Besprechung der Lage in Deutschland: Das deutsche Volk muß eine verantwortliche Regierung oder Regierung einlegen, sonst werden wir keine andere Wahl haben als Deutschland zu besetzen, bis dort die Ruhe wieder hergestellt ist.

Die Entente verlangt Auslieferung des Kaisers.

London, 25. November. Der Korrespondent Reuters in Belgien vom 24. ds. Mts. meldet: Ich erfahre aus guter Quelle, daß die von der französischen Regierung befragten Rechtsachverständigen nach einer Untersuchung der Angelegenheit erklärt haben, daß es die Pflicht Hollands

Ehrentafel für deutsche Tapferkeit und Treue.

Aus der Verlustliste Nr. 561 der sächsischen Armee.

- Serfuri, Otto, Oberhäuslich, inf. Krankh. i. ein. Ref.-Baz. gestorben.
- Seyner, Armin, Dippoldswalde, Schw. v.
- Rehme, Kurt, Glasbütte, bish. verm., i. Gefsch.
- Richter, Alfred, Frauenstein, l. v.
- Schent, Karl, Walter, l. v.
- Seifert, Max, Frauenstein, l. v.
- Starke, Otto, Ein. d. Ref., Pößendorf, erneut l. verw.
- Strahberger, Paul, Altenberg, l. v.
- Vogel, Albert, Glasbütte, Schw. v.
- Wachbrod, Willy, Uffz., Bernsdorf, l. v.
- Wooft, Walter, Ein. d. R., Kreischa, gefallen.
- Zinte, Emil, Gefr., Holzgau, bish. verm., in Gefsch.

Scharfe, Gustav, Altenberg †.

lei, die Auslieferung des Deutschen Kaisers zu befehlen und daß der Kaiser, da er keine offizielle Erklärung über seine Thronabdanke abgegeben hat und da er nicht das Recht hat, als Privatperson betrachtet zu werden, auch keine Ansprüche auf eine Zuflucht in Holland geltend machen kann. Die Alliierten erwägen ein gemeinsames Vorgehen, bei welchem die Auslieferung des Kaisers gefordert werden soll.

Englische Verluste während des deutschen Unterseebootkrieges.

Genf, 26. November. Die „Daily News“ geben die Zahl der versenkten englischen Schiffe während des deutschen Unterseebootkrieges auf durchschnittlich 120 000 Tonnen monatlich an. Die englischen Seestreitkräfte versenkten oder zerstörten 56 deutsche Unterseeboote im gleichen Zeitabschnitt.

Schlimmste Aussichten.

Wie aus sozialistischen Regierungskreisen mitgeteilt wird, sieht man der allernächsten Zeit mit schwerster Sorge entgegen. Man befürchtet schon vor Mitte Dezember eine Katastrophe schlimmster Art. Nicht nur die Lebensmittelfrage gibt zu pessimistischen Anschauungen Anlaß, sondern auch die Frage der Weiterbeschäftigung der Arbeiter. Es fallen infolge der letzten Vorgänge die Lieferungen der Bergwerksgebiete von Elbst. Vohringen und Oberschleffen aus; auch ist es infolge der Blockade unmöglich, Eisenerze aus Schweden und Spanien heranzubekommen, und somit steht eine Einstellung der gesamten deutschen Eisenindustrie in kürzester Zeit in Aussicht, womit natürlich die Arbeitslosigkeit von Millionen und Abermillionen Arbeiter verbunden ist. Die Maßnahme, daß die Fabriken auch bei Nichtbeschäftigung Lohn bezahlen, ist natürlich nur vorübergehend, denn sie würde bei längerer Dauer den glatten Ruin der Industrie herbeiführen.

Glückliche Heimkehr einer verschollenen Truppenabteilung.

Der „Vol.-Anz.“ meldet aus Königsberg: Unter der Führung von Oberst Wärtner in Allenstein, beauftragt mit Führung der 22. Infanterie-Brigade, ist eine aus Angehörigen der 11. Armee bestehende Truppenabteilung aus Mazedonien, die lange verschollen war, nach abenteuerlicher Fahrt zurückgekehrt. Die Abteilung hatte sich 500 Kilometer weit unter größten Gefahren und Entbehrungen durch Serbien, Albanien und Montenegro bis Cattaro durchgeschlagen und gelangte von dort nach Triume. Hier traf gerade die italienische Flotte ein. Unter größten Schwierigkeiten wurde in Triume der Bahntransport ermöglicht. (Dieser Abteilung war auch die sächsische A. R. R. 240 angeschlossen, bei der ein Dippoldswalder Kind den ganzen Rückzug mitmachte und wohlbehalten in der Heimat ankam.)

Die Italiener in Deutsch-Südtirol.

Maueranschläge in Südtirol enthalten die Erklärung der Italiener, die Besetzung des Landes bis zum Brenner, Toblach, Reschenscheidel sei endgültig und unabänderlich. Die Italiener haben den Nationalrat für Südtirol und die Ausschüsse aufgeißelt.

Budapest in französischen Händen.

St. Gallen, 25. November. Nach einer Havasmeldung ist Budapest bisher von insgesamt 11 000 französischen Soldaten besetzt.

Beginn der Vorfriedensverhandlungen Ende Januar.

Genf, 26. November. Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ sollen die Vorfriedensverhandlungen erst Ende Januar beginnen. Die Unterzeichnung wäre dann Ende Februar zu erwarten.

Schulbücher-Monopol?

Berlin. Aus Buchhändlerkreisen wird dem „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt, daß der Kultusminister Adolf Hoffmann ein Monopol für sämtliche Schulbücher herzustellen beabsichtigt. Diese sollen unter Ausschaltung des Privatverlags und der Privatbuchhandlungen von Staats wegen verlegt und gedruckt werden.

Unsicherheit in Wien.

Wien. Der Staatsrat hat an die in Wien befindlichen Gesandtschaften und Botschaften neutraler Staaten das Ersuchen gerichtet, für die Ueberwachung ihrer Personen und sämtlicher Räume Militär aus ihren eigenen Ländern heranzuziehen, weil er nicht in der Lage sei, für die Sicherheit der Gesandtschaft zu verbürgen.

Die Arbeitslosigkeit in England.

Wie die „Köln. Ztg.“ aus Bern meldet, teilte Lord Curzon im englischen Unterhaus mit, daß innerhalb der nächsten Wochen etwa eine Million Menschen in England arbeitslos sein würden.

Der Verband und das neue Deutschland.

Berlin, 26. November. Nach dem „Daily Express“ haben, wie der „L.-A.“ aus Basel erzählt, Lloyd George und Balfour in Besprechungen mit Mitgliedern des Unterhauses keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Verbündeten keine sozialistische Republik in Deutschland anerkennen könnten und mit dieser keinen Frieden schließen würden. Die Verbündeten verlangen auch für Deutschland die Gleichberechtigung aller Parteien und eine Verfassung, die für alle Zeiten den Terrorismus einer einzigen Klasse verhindert. Durch Rußland gewarnt, würden die Verbündeten ohne Sicherstellung der absoluten Freiheit in Deutschland nicht an einen Frieden, auch an keinen demokratischen Frieden, denken können.

Wettervorhersage.

Melkt trüb, keine wesentliche Temperaturänderung, Niederschläge möglich.

Die bolschewistische Diktatur in Braunschweig. Die sozialistischen Machthaber in Braunschweig gehören der Liebknecht-Gruppe an und terrorisieren das Bürgerum. Aus Zuspitzen in den Braunschweiger Blättern ist ersichtlich, daß dort eine wahre Schreckensherrschaft Platz gegriffen hat, die sich in fortgesetzten Hausdurchsuchungen usw. geltend macht. In der Stadt sowohl wie im braunschweigischen Lande, ebenso im Blankenburg, macht man namentlich Jagd nach Lebensmitteln und beschlagnahmt in den Haushaltungen alles, was den Soldaten in die Hände kommt, darunter das sogenannte „Eingemachte“, das erst in dem letzten Wochen auf Veranlassung der Landesgemischten hergestellt worden ist. Gegen diese Diktatur ist nun in Braunschweiger Bürgerum ein Zusammenschluß aller politischen Parteien und wirtschaftlichen Vereinigungen erfolgt; der Zweck ist nicht die Verschmelzung politischer Programme, sondern die Organisierung eines einflussreichen Protestes gegen die Bergewaltungspolitik, wie sie von der bolschewistischen Regierung verfolgt wird.

Unser Schicksal zur See.

Wie die Dinge sich entwickelten.

Ein Wissender klärt uns jetzt über den Stand der Dinge in der Marine auf. Kapitän z. S. Persius macht im „W. Z.“ folgende Mitteilungen:

Alle die Hoffnungslosen, die da glaubten, unsere Flotte werde die feindliche noch schlagen und die britische Seeherrschaft brechen können, wußten nicht, daß von unserer Hochseeflotte seit einem Jahre nur noch in beschränktem Umfang gesprochen werden konnte, wußten nicht, daß nennenswerte U-Boote niemals jedoch in Wirklichkeit zur Verfügung standen. Zu Beginn des Krieges besaßen wir etwas über eine Million gegen 2,2 britische Kriegsschiff-tonnen. Das deutsche Material war dem britischen unterlegen; unsere Linien- und Kreuzer, Schlachtkreuzer, Panzerkreuzer und geschützten Kreuzer, ja selbst die Torpedoboote waren von kleinerem Displacement als die britischen, auch schwächer bestückt. So waren unserer Flotte geringe Chancen beschieden. So mußte die „Emden“ gegen die „Sydney“ ruhmlos unterliegen. Beide Schiffe waren Altersgenossen, aber die „Emden“ führte nur 10,5-Zentimeter-Geschütze gegen 15,2-Zentimeter-Geschütze der „Sydney“. Ähnlich sei es bei den Falland-Inseln gewesen. Vor dem S. L. G. behütete unsere Flotte nur die überlegene Führung durch Scheer und unsichtiges Wetter vor einer vernichtenden Niederlage. Die Verluste waren trotz des Glücks, das uns lächelte, ungeheuer, und es war am 1. Juni 1916 jedem Wissenden klar, daß diese Schlacht die einzige bleiben würde, bleiben müsse.

Tirpitz habe, erklärt der Verfasser weiter, aus dem Ereignissen des Krieges keine Lehre gezogen. Anstatt den Bau von U-Booten mit allen Kräften zu beschleunigen, habe er unzählige wertvolle Arbeitskräfte und kostbares Material an den Bau von nutzlosen Großkampfschiffen verwandt. Es bedurfte eines Befehls der Obersten Heeresleitung, um den Bau von Linien- und Schlachtkreuzern einzustellen. Mittlerweile war aber — Oktober 1917 — das Material für den U-Bootbau so knapp geworden, daß, um es zu erhalten, an ein Abwracken von Linien- und Kreuzern gegangen werden mußte. Anfang 1918 waren auf diese Weise reichlich zwei Duzend Linien- und acht Küstenpanzerkreuzer, 9 große Kreuzer und 15 kleinere Kreuzer aus der Hochseeflotte ausgeschieden.

Die vielen U-Boote, von denen unsere Flottenleiter sprachen, habe es nicht gegeben. Ebenso entsprach die Versicherung, die Verluste würden niemals durch die Neuindienststellung gedeckt, nicht den Tatsachen. Im Jahre 1917 betrug der Zugang 83, der Verlust 66; im April 1918 waren 128 Frontboote vorhanden, im Juni 1918 113. In Tätigkeit sei von diesen „Frontbooten“ immer nur ein geringer Prozentsatz gewesen. Im Januar 1917 z. B., als die Verhältnisse noch günstig lagen, waren an der Front 12 Prozent, im Hafen 30 Prozent, in der Erprobung, Ausbildung usw. 38 Prozent und in der Abnahme 20 Prozent.

Für die Einheit Deutschlands.

Die Konferenz der Bundesstaaten-Vertreter für Reichseinheit und Nationalversammlung.

Die Konferenz der neuen Regierungen der verschiedenen deutschen Bundesstaaten hat folgende „Uebersicht der politischen Anschauungen“ angenommen:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur Deutschen Republik. Sie verpflichten sich, entschieden im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.

2. Der Berufung einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.

3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die A. und S.-Räte die Repräsentanten des Volkswillens.

4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schnelle Herbeiführung eines Präliminarfriedens hinzuwirken.

Für den Schutz des Wirtschaftslebens

entschloß man sich zu folgender Resolution:

„Um das wirtschaftliche Leben Deutschlands aufrecht zu erhalten, die ungestörte Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Ausland zu sichern und die deutsche Volkswirtschaft im In- und Ausland kreditfähig zu erhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken, Sparkassen und sonstiger Kreditinstitute auf der bisherigen Grundlage und auch in den bisherigen Formen unbedingt erforderlich. In Uebereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erklärt daher die Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditanstalten zu unterbleiben hat.“

Bereinfachte „Constituante“-Wahlen.

Ein Scheidemann-Vorschlag zur Beschleunigung.

Im „Vorwärts“ bringt der Staatssekretär Scheidemann folgendes einfache Wahlverfahren für die konstituierende Nationalversammlung in Vorschlag:

„Die Wahlen zur Nationalversammlung werden gleich, geheim und direkt sein; alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen können nach dem Verhältniswahlverfahren wählen. Die politischen Parteien können Listen ihrer Kandidaten für alle Wahlkreise des Reichs aufstellen. Die Regierung müßte dann einen einheitlichen Stimmzettel für das ganze Reich drucken und verteilen lassen, der etwa so aussehen würde:

Ich stimme für die Liste, die ich unterzeichnen habe.

1. v. Westarp, v. Seydewitz usw.
2. Haase-Debebour usw.
3. Ebert-Mollenhuth usw.
4. Fischel-Gothelshaus usw.
5. Erzberger-Fehrenbach-Gröber usw.
6. Stresemann-Klopisch usw.
7. usw. usw.

Gewiß hat eine solche Listenwahl ihre Mängel insofern, als die Wähler persönliche Wünsche zurückstellen und für alle Kandidaten stimmen müßten, die von den betreffenden Parteileitungen aufgestellt worden sind. Diese Mängel erscheinen aber gering im Vergleich zu dem Schaden, der nach meiner Ueberzeugung durch eine allzu weite Hinausschiebung der Wahlen zur Nationalversammlung für das deutsche Volk entstehen kann.

Die Berechnung der auf jede Partei entfallenden Mandate wäre verhältnismäßig leicht. Wenn z. B. auf Grund der für die Konservativen abgegebenen Stimmen 20 Mandate der Partei des Grafen Westarp zufallen würden, so hätten die auf der konservativen Liste zuerst aufgeführten 20 Kandidaten als gewählt zu gelten. Bei Todesfall oder bei Mandatsniederlegung würde zunächst der 21., dann der 22. Kandidat als Ersatzmann das freigebliebene Mandat übernehmen. Nachwahlen würden sich also ohne weiteres erledigen.

Es bleibt die Frage nach der Legitimation der Wähler zu erörtern. Ich schlage vor, daß alle Soldaten, gleichviel wo sie am Tage der Wahl sich aufhalten, sich durch ihren Militärpas legitimieren. Der Paß müßte nach vorgenommener Wahl abgestempelt werden, damit jeder Wahlberechtigter nur einmal wählen kann. Alle zivilen Wahlberechtigten in der Heimat könnten auf Grund eines Ausweises wählen, der jedem Wahlberechtigten auf Verlangen ausgestellt werden müßte.“

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegsruhr bricht wieder auf. Neuerdings wurde die Mobilisierung der reichsrumänischen Streitkräfte angeordnet. Nach dem Operationsplan wird das rumänische Heer, das unter französischem Kommando steht, Siebenbürgen, also ungarisches Gebiet, übersetzen. Zwei rumänische Regimenter sind bereits in Siebenbürgen eingerückt. König Ferdinand wendet sich in zwei Proklamationen an die Soldaten und ruft sie unter die Fahnen, um den unterbrochenen Krieg nunmehr zu Ende zu führen.

Ungarn erhält also schnell die Strafe für seinen Abfall.

Böhmen: Merkantilbettel.

In den Straßen Prags kann man Kriegserscholligenwerbung nach englischem Muster sehen. Unter Vorantritt einer Musikkapelle zog eine Werbekommission, deren Mannschaft Tafeln mit entsprechenden Aufschriften trug, über Straßen und Plätze und entwarf eine eifrige Propaganda. Der Umzug wurde überall mit Slawaken empfangen.

Die Tschechen scheinen also die kriegerische Begeisterung, von der ihre Führer reden, nicht zu spüren. Sonst eilten sie auch ohne solche Redereien zur „nationalen Fahne“.

Frankreich: Neuwahlen.

Es liegen den Pariser Zeitungen jetzt Erklärungen der Regierung an den radikalen sozialistischen Parteivorstand vor, aus denen hervorgeht, daß die Neuwahlen für die Deputiertenkammer und den Senat nach dem eulogistischen Friedensschluß, aber vor Januar 1920 vorzunehmen sind, weil zu diesem Zeitpunkt der Präsident der Republik zu wählen ist, da die Amtszeit Poincares im Februar 1920 zu Ende geht. Die Wahlen sollen nach dem alten Wahlgesetz stattfinden, und erst die neue Kammer soll über die Reform des Wahlrechts beschließen.

In Frankreich, wo ein Wahlrecht besteht, gegen das an Altertümlichkeit das alte preussische noch neuzeitlich ist, hat man es mit der Bewirkung seiner demokratischen Redensarten im eigenen Lande also gar nicht so eilig.

Marokko: Neue Kämpfe.

Nach einer Meldung aus der spanischen Besitzung Melilla an der nordmarokkanischen Küste hat die in der Nähe des spanischen Gebiets gegen die Franzosen kämpfende, aus Marokkanern und Deutschen bestehende Garde der spanischen Behörden ihre Uebergabe angeboten; man erwartet sie am 21. November bei den Vorposten.

Rußland: Freie Rückkehr der deutschen Konsulate.

Die russische bolschewistische Regierung hat sich nun doch entschlossen, die Abreise unserer bereits seit dem 6. d. M. abberufenen Generalkonsulate in Moskau und Petersburg aus Rußland nicht länger zu verhindern. Sie hatte zunächst durch Ausflüchte und Bedingungen aller Art und zuletzt belänzlich dadurch zu hinterziehen versucht, daß sie mit Hilfe eines mit ihrer Unterstützung aus deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen gebildeten A. u. S.-Kates die Absetzung und Festnahme der Konsulate bewirkte.

Nach eingegangener Meldung haben beide Generalkonsulate, ungefähr 800 Personen stark, die Demarkationslinie überschritten und befinden sich auf der Weiterreise nach Berlin.

Schwarze Franzosen im Elß.

Die elßassisch-schweizerische Grenze wurde durch die Franzosen vorläufig gesperrt. Zahlreiche Regimenter afrikanischer Truppen, die in den süßelassischen Orten eintrafen, haben diese besetzt. Die Franzosen setzten in allen Orten französisch gesinnte Bürgermeister, die bei Kriegsbeginn von ihren Aemtern schießen, wieder in diese ein.

Die Frage der kirchlichen Würdenträger wird den Gegenstand einer Vereinbarung mit dem Papst bilden. Der Bischof Wendler von Metz und Bischof Brigen von Straßburg, welche Staatsdeutsche sind, werden gezwungen, nach Deutschland zurückzukehren und müssen einheimischen und französischen Prälaten Platz machen.

England gegen die deutsche Regierung.

Die liberale Unterhauspartei hat eine Besprechung zur Friedensfrage abgehalten, in der sie erklärte, daß die jetzige deutsche Revolutionsregierung, ohne ihre beschleunigte Bestätigung durch eine gesetzgebende Volksvertretung, nicht als eine Regierung angesehen werden dürfe, mit der England Frieden schließen könne.

Der Sold Kaiser Karls.

Wie der „Abend“ meldet, hat sich Kaiser Karl für das Oberkommando über seine Armee 1 1/2 Millionen Kronen jährlich zahlen lassen. Der „Abend“ veröffentlicht die hierauf bezüglichen Geheimakten des Kriegsministeriums sowie die Zustimmungserklärungen der österreichischen und der ungarischen Regierung. Der Betrag von 1 1/2 Millionen Kronen wurde rückwirkend vom Regierungsantritt des Kaisers auf die Dauer des Krieges flüssig gemacht.

Die bis zur Ausreise unserer Botschaften hinter der Demarkationslinie zurückgelassenen Sonderzüge der russischen Mission sind im Austausch über die Linie hinübergelassen worden.

Die russisch-bolschewistische Vertretung in der Schweiz, die von der schweizerischen Regierung auf deutsches Gebiet ausgewiesen war, ist mittels Sonderzuges durch Deutschland durchbesördert und gleichfalls über die Demarkationslinie nach Rußland hinübergeleitet worden.

Zur Einnahme Krakaus durch die Polen.

Zu der Einnahme von Krakau durch die Polen wird gemeldet, daß die zurückziehenden ukrainischen Abteilungen nach einem Artilleriekampf das Landtagsgebäude in Brand setzten, nachdem sie zuvor Petroleum in die Säle geschüttet hatten. Das Landtagsgebäude wurde zum größten Teile eingeebnet. Auch das Hauptpostamtgebäude ist zur Ruine geworden.

Kämpfe zwischen Deutschen und Südslawen in Steiermark.

In Spielfeld in Steiermark erschienen 250 Serben und besetzten die Eisenbahnstation. Später erschienen weitere 500 Südslawen, welche erklärten, daß die Besetzung von Spielfeld aus militärischen Rücksichten erfolge. Die Gendarmerie wurde entwaflnet. Das in Spielfeld anwesende deutsche Militär mußte sich zum Rückzuge entschließen, bei dem es zu Schieberien kam.

Ungarn rüstet.

Aus der ungarischen Hauptstadt Budapest gingen Separatzüge mit vier Regimentern Honved und einem Regiment Maschinengewehrtruppen zur Verteidigung der Stadt Pressburg ab.

Nur das Frontheer kann helfen.

Gewalttätigkeit alle Tage.

In Düsseldorf drang eine Schar Soldaten, ein Matrose mit gezogenem Revolver an der Spitze, in die Redaktion der „Düsseldorfer Nachrichten“ ein und

erzwang sich den Zutritt zum Flaggensaal, um dort eine rote Fahne zu hissen.

In Hanau setzte sich der A. u. S.-Rat in den Besitz des dortigen Tageblattes und gab die Bestätigung als Organ der Unabhängigen heraus.

In Graef beschloß der A. u. S.-Rat, den Landrat abzusetzen.

So kommen tagtäglich Nachrichten über Gewalttätigkeiten der herrschenden A. u. S.-Räte, und zudem erhebt sich die Frage:

Wer sieht da nach dem Nechten?

Auch in einer Berliner Pressefestsitzung wurde, wie schon oft, am Dienstag diese Frage erhoben. Ein Regierungsvertreter antwortete:

Es ist richtig, daß sich von Tag zu Tag die Gewalttätigkeiten der A. u. S.-Räte häufen. Die Reichsregierung unterläßt nichts, was in ihrer Macht steht, um dieser Erscheinung entgegenzutreten. Es fehlen ihr indessen die wirksamen Handhaben dazu. Sie ist nicht im Besitz der Vollstreckungsgewalt, sei es einer Heeresmacht oder eines geordneten Gendarmerie- oder Polizeikorps, das von einheitlicher Stelle aus hinausgeschickt werden könnte, um Ungehörigkeiten aus der Welt zu schaffen. Das einzige, was der Zentralrat tun kann, ist die Einwirkung auf die durch die Bewegung im Innern eintretenden wohlgesinnten Elemente, daß sie ihren Einfluß gegen Ausschreitungen ausüben. In dieser Richtung wurde zu 50 g. folgende allgemeine Besetzung 2100 g. eintreten, wenn die Reichsregierung über Abwesenheit das zurückgeführte Frontheer mitrotmarken verfügen kann. Sie erhält täglich Hunderte von Telegrammen aus dem Heer, wo es sich um die Aufrechterhaltung der Ordnung handelt. In jeder dieser Agitationen im Heer tritt die Reichsregierung durch umfangreiche Aufklärung der Soldaten entgegen.

Der Heimatschutz im Osten.

Von zuständiger Seite werden die folgenden Punkte als die Aufgaben des in der Bildung begriffenen Heimatschutzes Ost, der 25 000 Mann umfassen soll, angegeben:

1. Seine Wirksamkeit ist in keiner Weise gegen die Polen und die polnische Bevölkerung in Deutschland gerichtet.
2. Er soll Vorkehrungen treffen für den Empfang und die Verpflegung der großen Massen der aus dem Osten und Südosten zurückkehrenden Truppen, wovon es sich um annähernd 1 Million Mann handelt.
3. Er soll unbedingt sicherstellen, daß die nötigen Zufuhren aus den Ostgebieten weiterlaufen. Es handelt sich besonders um Kartoffeln, sowie um die Aufrechterhaltung der Kohlenförderung und ihren Abtransport. Weiter kommt die Aufrechterhaltung des Verkehrs in Betracht.
4. Er stellt den Grenzschutz gegen das Uebertreten von lichtschemem Gesindel und von Banden. Die polnische Regierung wird auch auf ihrer Seite einen Grenzschutz aufstellen.

10 000 Mann Sicherungskräfte kein Schutz!

In Berlin stehen dem Stadtkommandanten Wels 7000 Mann, dem Polizeipräsidenten Eichhorn 3000 Mann zur Verfügung, um die Sicherheit der Reichshauptstadt zu gewährleisten. Wie es um diese Sicherheit steht, mag daraus hervorgehen, daß sich am letzten Donnerstag der Stadtkommandant und der Polizeipräsident gegenseitig zu verhaften versucht haben.

Der Stadtkommandant mußte jüngst erklären, er könne nicht dafür gut sagen, daß des Nachts auf Unforderung 150 Mann zu einer Sicherungsleistung bereit sein würden.

Der letzte Grund des gegenseitigen Mißtrauens.

In allen Aemtern stehen sich die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen gegenüber. Die Reichsleitung wird von drei Mitgliedern jeder Richtung gebildet, und so ist es überall. Jeder Vorschlag zur Besserung der Lage durch Heranziehung von Truppen stößt auf den Widerspruch einer der beiden Richtungen. Und würde die Mehrheitspartei sich die notwendigen Leute beschaffen — Geld steht ihr ja zur Verfügung —, dann verweigert das Kriegsministerium mit dem unabhängigen Wurm an der Spitze einfach die Mittel für die Ernährung.

Au den Fleischtöpfen.

Sitzen inzwischen die Machthaber beider Richtungen und lassen sich nichts abgehen. Als Beauftragter der 3. Armee erschien da heute in einer Sitzung ein Soldat und bat, dem Vollzugsrat der Berliner A. u. S.-Räte einmal folgende Fragen vorzulegen:

Ist es richtig, daß die Mitglieder des Berliner A. u. S.-Rates sich eine jährliche Aufwandsentschädigung von 20 000 Mark zugestimmt haben?

Ist es richtig, daß der Berliner A. u. S.-Rat sich im Abgeordnetenhause sogenannte Kurtiere hält, die täglich 50 Mark erhalten und dafür die Akten von einem Bureau zum andern tragen?

Ist es richtig, daß die Schreibmaschinendamen und Kontoristinnen täglich 35—40 Mark erhalten?

Ist es richtig, daß ein gewisser Herr Ehrhardt lauter Berwandre um sich gruppiert hat, und daß um ihn, wie die Trabanten um die Sonne, Kustne, Schwager, Better, Onkel und Tante in gut bezahlten Stellungen sitzen?

Das Gegenstück

Ist auch vorhanden. Ein in seinem Dienst ergrauter Bureauleiter erklärt, daß ihm fünf Leute zur Kontrolle beigegeben sind, und daß diese Leute ihn zwingen, jeden Arbeiter, der von dem Aunte etwas will, persönlich zu empfangen und abzufertigen. Infolgedessen habe er täglich mindestens 50 Besuche zu empfangen, er arbeite von morgens früh bis abends spät, und trotzdem sei es ihm nicht möglich, die Arbeiten im richtigen Gang zu halten. Solche Wirklichkeit dauernd mitzumachen, könne man keinem Aemtern zumuten.

Der kräftige Protest des ganzen Landes
 ist das einzige Mittel, um der jetzigen Berliner Wirtschaft ein Ende zu machen. Ordnung kann erst wieder kommen, wenn die unbefugten Personen gezwungen werden, ihre Hände aus Dingen herauszulassen, die sie nicht verstehen, und die sie nicht fördern, sondern nur stören können. Dieser Protest muß kommen und wird kommen!

Politische Rundschau.

Polnische Maßlosigkeit. Aus Bronze meldet die „Süddeutsche Rundschau“: „Hier bewaffnete sich der polnische Arzt, in deutsche Uniform gekleidet, mit einer Axt und zog mit großem Gefolge zur Kaiserstraße, die er umharrte und zersplitterte. Dann zogen die Burden zum Kaiser-Wilhelm-Denkmal, warfen dem alten Kaiser einen Stein um den Hals, zogen ihn vom Sockel herunter und schleuderten ihn mit großem Hallah um den Marktplatz herum.“

Die Götter Griechen bleiben in Deutschland. Der Bericht aus Götting hat sich die neue preussische Regierung angeeignet, die Griechen in Götting weiter adreple und ihnen Schalter zu zahlen. Die Verbindung mit der Schweiz, die Griechen dort nicht für Deutschland haben sich zerschlagen. Da die Überlieferung zu einer Griechenlands nicht möglich ist, da Offizieren, haben sich die Griechen in ihrer Würde, wie in Götting, sich in Deutschland naturalisieren erfolgt sein, Lande von ihnen haben sich bereits mit Teilen der Griechen verheiratet.

Alle in den Aufzügen des Kaisers. Der Hamburger Briefträger hat sich in der Presse gegen den Straßenzug von Postkarten mit unflätigen Abbildungen, früheren Deutschen Kaisers. Der A. und S. Rat erklärt: „Man mag über die Person des ehemaligen Kaisers und über seine Regierungsmassnahmen denken wie man will, derartige Postkarten beleidigenden Inhalts sind aber unter allen Umständen zu verwerfen. Der Verkauf ist um so mehr zu mißbilligen, da beobachtet worden ist, daß diese Karten hauptsächlich von Kriegsgefangenen gekauft werden, die sie mit in ihre Heimat nehmen als einen Beweis dafür, wie der Kaiser, dem früher das Volk zuzubekam, jetzt von demselben Volke in den Schmutz gezogen wird.“

Voreilige Beschlagnahme. Der Soldatenrat in Banne beschlagnahmte einen ganzen Güterzug aus 33 Wagen, die sämtlich Lebensmittel, wie Reis, Nudeln, Kognak, usw. enthielten. Der Zug war von zwei Offizieren begleitet. Nach Ansicht des S. Rates handelte es sich um Schiebeware, indessen wies sich bald das Proviantamt in Münster als Besitzer aus. Zwischen Münster und der Grenze muß in der nächsten Zeit eine ganze Armee untergebracht und verpflegt werden. Diese bleibt mobil und im Besitz ihrer Waffen.

Briefumschläge liefert Zehne

Gutsbottersohn, 24 J. hr alt, welcher sich keiner Arbeit schent,

sucht Stellung

für 1./1. 19 oder später als Wirtschaftler, wenn möglich Familienanschluss. Schreiben ist in Landwirtschaft sehr erf. Beste Off. unter N. R. 100. an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ich suche für 1./12. noch ein zweites

Hausmädchen.

Meldungen mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen an Frau Prof. Dr. Höfel, Ripsdorf, Haus Waldburg.

Eine Wirtschaft

von 30—50 Schafel Land wird zu kaufen gesucht. Angebote unter B. R. an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein großer Posten solide, dauerhafte

Leiterwagen

ist eingetroffen. Ich empfehle diese in zwei Größen.

Carl Ritzsche, Herrenpalle.

Hilfs-Gesuch.

Jünger strebsamer Landwirt (28 J. hr alt), angenehme Erscheinung u. liebevoller Charakter, nicht unermögend, sucht auf diesem Wege Bekanntschaft mit Fräulein od. junger Witwe gl. Standes zur späteren Heirat. Einbeirat sehr erw. Off. mögl. m. Bild, w. sof. zurückgel. w. a. d. Geschäftsstelle ds. Bl. erb.

5 6000 Mark

auf sichere Hypothek auszuliehen. Näher zu erfahren bei H. Schönfelder, Dippoldiswalde, Brauhofstr. 143 E.

Hausierer und Händler können mit ein. l. jed. Hause leicht spielend leicht od. l. Artikel ein. sehr guten Verdienst erzielen. Erforderlich nur 36 M. Er. ds. daraus aus 55—60 M. Wirtl. Kr. reelle o. Sache. Verdienst bis 80 M. pr. W. Angebote unter U. J. 1103 a. Haaftenstein u. Bo. ler Chemnitz.

Mittleres, mittleres Haus

mit größtem Obst- und Gemüsegarten zu verkaufen. Respekt. wollen ihre Adresse bitte unter J. S. 5. in der Geschäftsstelle d. Bl. niederl.

Todes-Anzeige.

Gestern abend entschlief sanft unsere liebe Mutter, Groß- und Schwiegermutter, Frau

Wilhelmine Guderlein.

Um stillen Beileid bitten die tieftrauernden Hinterbliebenen. Überndorf, den 27. November 1918.

Das Beerdigungs findet Sonnabend nachmittag 2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Gasthof Schmiedeberg.

Freitag den 29. November

Großes Militär-Konzert

von der Kapelle des Ersah-Batt. Schützen-Reg. Nr. 108. Leitung: Musikdirektor A. Helbig.

Vorzüglich gewähltes Programm
 Anfang 8 Uhr. Eintritt: im Vorverkauf 80 Pfg. an der Kasse 100 Pfg.

Hierzu laden ergebenst ein A. Helbig, Clemens Schent.

Bekanntmachung.

Die nach § 29 der Satzungen der Pirnaer Generalanstalt für Lehrer-Witwen und -Waisen abzuhaltende Hauptversammlung

findet Sonnabend den 7. Dezember 1918 nachm. 1/4 Uhr im Amtshof zu Pirna nach folgender Tagesordnung statt: 1. Beschlusfassung über Richtigsprechung der Jahresrechnung 1917, 2. Vortrag der Saldrechnung 1918, 3. Geschäftliche Mitteilungen.

Pirna, am 26. November 1918. Oberkontrolrat Reil, Vorsteher der Anstalt.

Wild-Verteilung.

Der Ernährungs-Ausschuß hat gemeinsam mit der Wildabnahmestelle festgestellt, daß es unmöglich ist, die in der Wildabnahmestelle abgegebenen Hasenkarlen alle voll zu beliefern. Im Interesse einer gerechten Verteilung ist beschlossen worden, diejenigen, die freiwillig auf die Belieferung ihrer Hasenkarle verzichten, bei der nächsten Rehwildverteilung an erster Stelle mit circa 2 Pfund zu beliefern. Erklärungen hierüber werden bei der nächsten Verteilung entgegengenommen. Die Verteilung auf die bereits abgegebenen Karlen erfolgt

Donnerstag den 28. November, vormittags von 9—11 Uhr.

Neue Fleischmarken werden vorläufig nicht angenommen.

L. A. Ritzsch.

Die beste Jauchepumpe

ist und bleibt meine tausendfach bewährte D.-R.-P.-Eiselen-Pumpe beliebig verstellbar. Ausguß, geteilt. 37 inder, mit Festbüchtungsring, nachteilbar.

Einfrieren und Einrostfen dadurch ausgeschlossen. Ventil mit einem Griff herausnehmbar. Prospekt frei durch Max Knauth, Bischofswerda i. Sa., landw. Maschinenhalle, Am Mühlteich 4. Fernsprecher 168.

NB. Vertreter der Alta-Zentrifuge, großes Ersatzteil-Lager u. Reparaturen.

Schlacht-pferde

zum Höchstpreife

B. Vieber,

Kochschlächtere

Dippoldiswalde, Freiberges Straße 237, Telefon 97. Bin bereit, bei kranken Pferden zu wachen. Bei Rotkrankungen bin ich mit Transportwagen schnellstens zur Stelle.

Empfehle mich als Pferdescherer.

Kachel-Ofen,

Jauchepumpe

sucht zu kaufen Gasthof Niederfrauenndorf.

Schlacht-pferde

kauf zum Höchstpreife Herrn. Schanze, Tel. 80. Im Roffall Hof zur Stelle Nachmittags vorhanden!

Todesanzeige.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß Montag abend 1/11 Uhr meine liebe Gattin, unsere über alles geliebte Mutter und Großmutter, Frau

Emilie Christiane Hartmann

im Alter von 68 Jahren sanft und ruhig entschlafen ist.

Luzhan, am 27. November 1918.

Im tiefen Schmerz:

Emil Hartmann und Familie.

Beerdigung findet Freitag nachmittag 2 Uhr statt.

„Jettchen Geberts Geschichte“

Nach Inhalt und Ausstattung der Schönste Film der Gegenwart, einem Fern Andra-Bild mindestens ebenbürtig, wenn nicht überlegen! Erkaufführungsrecht!

Heute Mittwoch abend „Reichskrone“

Meine Weihnachts-Ausstellung

in Spielwaren, Haushaltungsfachen usw. in reichhaltigster Auswahl empfehle zur Bestätigung. Hochachtungsvoll Max Forkert, Glashütte, nächste Nähe des Bahnhofs.

Todesanzeige.

Allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten die Schmerzlche Mitteilung, daß am Dienstag den 26. November vormittags 11 Uhr unsere liebe Tochter und Schwester

Milda Wenzel

nach kurzem Krankenlager plötzlich und unerwartet sanft entschlafen ist.

Um stillen Beileid bitten Beerwalde, den 26. November 1918.

Die tieftrauernde Familie Clemens Wenzel.

Die Beerdigung findet Freitag den 29. 11. nachm. 2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Herzlicher Dank.

Für die vielen Beweise von Liebe und Teilnahme beim Heimgange meiner unvergeßlichen Tochter, unserer lieben Schwester, Enkelin und Nichte, der Jungfrau

Elsa Frieda Münzel

bringen wir hiermit unsern herzlichsten Dank. Ihrer Dienstherrschafft, der Familie Walther, ihren Vätern, Jugendfreunden und -freundinnen, welche durch reichen Blumenstrich und freiwilliges Tragen ihren Ehungen ganz besonders Ausdruck verliehen haben sei aufs herzlichste gedankt. Dank auch Herrn Sanitätsrat Dr. Vogt für seine Bemühungen, die teure Entschlafene am Leben zu erhalten und Herrn Superintendent Michael für die tröstlichen Worte am Grabe. Dies alles war unsern wunden Herzen ein mildernder Balsam.

Dir aber, liebe Frieda, rufen wir noch ein „Habe Dank“ und „Ruhe sanft“ in dein frühes Grab nach.

Reinholdshain, Schönfeld u. Obercarndorf.

Im tiefsten Schmerz:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die übergroße Hülle herzlicher Teilnahme an dem Schmerzlchen Verluste unseres lieben, unvergeßlichen, jüngsten Sohnes und Bruders

Kurtels

ist es uns nicht möglich, jedem einzeln zu danken. Daher auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank! Dank Herrn Lehrer Göthe für seinen Nachruf am Grabe, seinen lieben Mitschülern für die rührende Anthonlichkeit und den herrlichen Blumenstrich. Dank auch Herrn Superintendent für seine tröstlichen Worte. Dippoldiswalde, Bahnhofstraße 215.

Im tiefsten Weß:

Gustav Müller, zurzeit im Felde, und Frau und seine Geschwister.

Geliebt, beweint und unvergessen!